

Inhaltsübersicht

Vorwort zur 28. Auflage	V
Aus dem Vorwort zur 1. Auflage (1966)	VII
Inhaltsverzeichnis	XV
Abkürzungsverzeichnis	XLI
Literaturverzeichnis	XLV
1. Abschnitt. Einführung in das Erbrecht	1
§ 1 Grundbegriffe des Erbrechts	1
A. Begriff des Erbrechts	1
B. Erbfall	3
C. Erblasser	3
D. Erbe	3
E. Erbschaft	5
§ 2 Grundprinzipien des Erbrechts, verfassungsrechtlicher Schutz und Rechtsquellen	13
A. Grundprinzipien	14
B. Verfassungsrechtlicher Schutz des Privaterbrechts	17
C. Rechtsquellen	18
2. Abschnitt. Die Berufung zum Erben	25
1. Kapitel. Gesetzliche Erbfolge	25
§ 3 Das Verhältnis der gesetzlichen zur gewillkürten Erbfolge	25
A. Rangfolge	25
B. Wirkung der gesetzlichen innerhalb der gewillkürten Erbfolge	26
C. Zusammenfassung	27
§ 4 Das gesetzliche Erbrecht der Verwandten	27
A. Verwandtschaft	28
B. Prinzipien des Verwandtenerbrechts	30
C. Verwandtenerbrecht innerhalb der ersten bis dritten Ordnung	36
D. Erhöhung des Erbteils (§ 1935)	40
E. Zusammenfassung	41
§ 5 Das gesetzliche Erbrecht des Ehegatten	41
A. Voraussetzungen des Ehegattenerbrechts	42
B. Umfang des Ehegattenerbrechts	45
C. Einfluss des Güterrechts auf das Ehegattenerbrecht	46
D. Anhang: Voraus, Dreißigster, Unterhaltsanspruch der werdenden Mutter	49
E. Zusammenfassung	49
§ 6 Das gesetzliche Erbrecht des Lebenspartners	49
A. Voraussetzungen des Lebenspartnererbrechts	50
B. Umfang des Lebenspartnererbrechts	50
C. Anhang: Voraus des Lebenspartners	52
§ 7 Das gesetzliche Erbrecht des Staates	52
A. Grund der Regelung	52
B. Voraussetzungen	53
C. Folgerungen	54
D. Zusammenfassung	55
2. Kapitel. Gewillkürte Erbfolge	55
§ 8 Überblick über die Verfügungen von Todes wegen	56
A. Begriff	56
B. Inhalt und Arten	57
§ 9 Testierfähigkeit des Erblassers und persönliche Errichtung der Verfügung von Todes wegen	59
A. Testierfähigkeit	60

B. Persönliche Errichtung	62
C. Errichtung einer Verfügung von Todes wegen nach dem ZGB	66
D. Zusammenfassung	66
§ 10 Das ordentliche öffentliche Testament	66
A. Vorzüge des öffentlichen Testaments	67
B. Gesetzliche Regelung	68
C. Arten des öffentlichen Testaments	68
D. Errichtung des öffentlichen Testaments	70
E. Sonderfälle	73
F. Notarielles Testament nach dem ZGB	74
G. Zusammenfassung	74
§ 11 Das eigenhändige Testament	74
A. Vorzüge des eigenhändigen Testaments	75
B. Fähigkeit zur Errichtung eines eigenhändigen Testaments	75
C. Form des eigenhändigen Testaments	76
D. Zeit- und Ortsangabe	80
E. Verwahrung	80
F. Eigenhändiges Testament nach dem ZGB	80
G. Zusammenfassung	81
§ 12 Die außerordentlichen Testamente	81
A. Begriff, Bedeutung und Geltungsdauer	82
B. Nottestament vor dem Bürgermeister	82
C. Dreizeugentestament	83
D. Seetestament	84
E. Zusammenfassung	85
§ 13 Der Widerruf des Testaments	85
A. Voraussetzungen	85
B. Ausübung des Widerrufs	86
C. Widerruf des Widerrufs	89
D. Zusammenfassung	89
§ 14 Der Erbvertrag	90
A. Bedeutung und Begriff	91
B. Abschluss	92
C. Inhalt und Arten	94
D. Bindungswirkung	98
E. Ausnahmen von der Bindungswirkung	102
F. Beseitigung der Bindungswirkung	103
G. Besonderheiten bei Erbverträgen unter Ehegatten, Verlobten und Lebenspartnern	108
H. Zusammenfassung	109
§ 15 Das gemeinschaftliche Testament von Ehegatten und Lebenspartnern	109
A. Begriff und Bedeutung	110
B. Errichtung	113
C. Inhalt und Arten	115
D. Gegenseitige Erbeinsetzung (Berliner Testament)	117
E. Wechselbezügliche Verfügungen	123
F. Zusammenfassung	127
§ 16 Die Auslegung der Verfügungen von Todes wegen	127
A. Allgemeines zur Auslegung	128
B. Auslegung von Testamenten	129
C. Auslegung von Erbverträgen	141
D. Auslegung von gemeinschaftlichen Testamenten	143
E. Zusammenfassung	144
§ 17 Die Anfechtung der Verfügungen von Todes wegen	145
A. Allgemeines zur Anfechtung	145
B. Testamentsanfechtung	146
C. Anfechtung des Erbvertrags	153
D. Anfechtung des gemeinschaftlichen Testaments	156
E. Zusammenfassung	158

§ 18 Die Nichtigkeit und Unwirksamkeit der Verfügungen von Todes wegen	158
A. Bedeutung von Nichtigkeit und Unwirksamkeit	159
B. Bewusstes Abweichen von Wille und Erklärung	160
C. Formmangel	161
D. Verstoß gegen ein gesetzliches Verbot, gegen Grundrechte oder gegen die guten Sitten	162
E. Teilnichtigkeit und Umdeutung	167
F. Zusammenfassung	169
3. Kapitel. Ausschluss von der Erbfolge	169
§ 19 Die Enterbung	169
A. Begriff und Bedeutung	169
B. Durchführung und Wirkung	170
C. Zusammenfassung	171
§ 20 Die Erbunwürdigkeit	172
A. Bedeutung	172
B. Erbunwürdigkeitsgründe	172
C. Anfechtungsverfahren	176
D. Wirkungen der erfolgreichen Anfechtung	177
E. Anhang: Unwürdigkeit bei Vermächtnis- und Pflichtteilsansprüchen	178
F. Zusammenfassung	179
§ 21 Der Erbverzicht	180
A. Begriff und Bedeutung	180
B. Gegenstand des Erbverzichts und Verzichtsberechtigung	181
C. Vereinbarung und Beseitigung des Erbverzichts	183
D. Erbverzicht gegen Abfindung	185
E. Erbverzicht und Insolvenz	186
F. Zusammenfassung	186
§ 22 Die Ausschlagung sowie die Annahme der Erbschaft	187
A. Begriff und Bedeutung der Ausschlagung	187
B. Recht zur Ausschlagung und Verfahren	188
C. Umfang der Ausschlagung	192
D. Rechtsfolgen der Ausschlagung	193
E. Annahme der Erbschaft	194
F. Willensmängel bei Annahme und Ausschlagung	195
G. Ausschlagung und Insolvenz	199
H. Zusammenfassung	199
J. Rechtsstellung des vorläufigen Erben	200
K. Zusammenfassung	203
3. Abschnitt. Die Anordnungen des Erblassers	205
1. Kapitel. Erbeinsetzung	205
§ 23 Die Bestimmung des Erben	205
A. Begriff der Erbeinsetzung	205
B. Erbeinsetzung als Alleinerbe, nach Bruchteilen sowie unter einer Bedingung oder Befristung	206
C. Anwachsung	208
D. Zusammenfassung	210
§ 24 Die Bestimmung eines Ersatzerben	211
A. Begriff des Ersatzerben	211
B. Voraussetzungen	212
C. Wirkungen	213
D. Zusammenfassung	213
2. Kapitel. Beschränkung der Erben	213
§ 25 Die Vor- und Nacherbschaft	213
A. Begriff und Bedeutung	214
B. Anordnung der Nacherbschaft	215
C. Rechtsstellung des Nacherben	219
D. Rechtsstellung des Vorerben	222
E. Folgen des Nacherfalls	231
F. Besonderheiten der breiteten Vorerbschaft	235
G. Zusammenfassung	236

§ 26 Die Testamentsvollstreckung	238
A. Bedeutung	239
B. Voraussetzungen	239
C. Dauer der Testamentsvollstreckung und des Testamentsvollstreckeramts	241
D. Rechtsstellung und Aufgaben des Testamentsvollstreckers	244
E. Verwaltung des Nachlasses durch den Testamentsvollstrecke	246
F. Rechtsstellung des Erben während der Testamentsvollstreckung	253
G. Rechtsverhältnis zwischen Erben und Testamentsvollstrecke	254
H. Zusammenfassung	256
3. Kapitel. Beschwerungen der Erben	258
§ 27 Das Vermächtnis	258
A. Begriff	259
B. Beschwerter	260
C. Vermächtnisnehmer	261
D. Gegenstand des Vermächtnisses	266
E. Erwerb des Vermächtnisses	269
F. Haftung des Beschwerter	272
G. Zusammenfassung	274
§ 28 Die Auflage	276
A. Begriff, Abgrenzung und gesetzliche Regelung	276
B. Begünstiger	278
C. Vollziehungsanspruch	278
D. Unwirksamkeit der Auflage	279
E. Zusammenfassung	280
4. Abschnitt. Die Miterbengemeinschaft	283
§ 29 Gesamthand und Miterbenanteil	283
A. Allgemeines	283
B. Sondervermögen der Gesamthänder	284
C. Verfügung über den Miterbenanteil	286
D. Vorkaufsrecht der Miterben	290
E. Zusammenfassung	294
§ 30 Die Verwaltung des Nachlasses durch die Miterbengemeinschaft	294
A. Grundlinien	295
B. Begriff der Verwaltung	296
C. Innenverhältnis	296
D. Außenverhältnis	301
E. Zusammenfassung	305
§ 31 Die Auseinandersetzung	306
A. Begriff	307
B. Anspruch auf Auseinandersetzung	307
C. Verfahren der Auseinandersetzung	308
D. Auseinandersetzungsregeln	310
E. Zusammenfassung	319
5. Abschnitt. Das Pflichtteilsrecht	321
§ 32 Das Pflichtteilsrecht	321
A. Bedeutung	323
B. Gläubiger und Schuldner des Pflichtteilsanspruchs	323
C. Berechnung des Pflichtteils	325
D. Berechnung des Pflichtteils bei Zugewinngemeinschaft	326
E. Schutz gegen Beeinträchtigung des Pflichtteils	328
F. Entstehung, Geltendmachung, Auskunftsanspruch und Stundung	338
G. Ausschluss des Pflichtteilsrechts	340
H. Verteilung der Pflichtteilstlast	343
J. Zusammenfassung	343

6. Abschnitt. Der Schutz des Erben, der Erbschaft und des Rechtsverkehrs	345
§ 33 Der Erbschaftsanspruch	345
A. Einführung	345
B. Gläubiger des Erbschaftsanspruchs	346
C. Schuldner des Erbschaftsanspruchs	346
D. Herausgabepflicht des Erbschaftsbesitzers	348
E. Haftung des Erbschaftsbesitzers	350
F. Verwendungen des Erbschaftsbesitzers	352
G. Auskunftsansprüche	354
H. Verjährung und Ersitzung	355
J. Rechtliche Einordnung des Erbschaftsanspruchs	357
K. Konkurrenzen und Prozessuale	357
L. Zusammenfassung	359
§ 34 Ersetzungsgrundsatz im Erbrecht	360
A. Allgemeines	360
B. Einfacher Ersetzungserwerb	361
C. Rechtsgeschäftlicher Ersetzungserwerb	362
D. Ersetzung durch Inventarzuwachs	366
E. Zusammenfassung	366
§ 35 Der Erbschein	367
A. Überblick	368
B. Inhalt und Arten des Erbscheins	369
C. Rechtswirkungen des Erbscheins	374
D. Erbscheinsverfahren	379
E. Anhang: Testamentsvollstreckzeugnis	386
F. Anhang: Öffentlicher Glaube bei Todeserklärung und Feststellung der Todeszeit	388
G. Zusammenfassung	388
§ 36 Die staatlichen Aufgaben im Erbrecht	388
A. Zuständigkeit und Verfahren des Nachlassgerichts	389
B. Eröffnung und Verkündung der Verfügungen von Todes wegen	389
C. Sicherung des Nachlasses	392
D. Zusammenfassung	393
7. Abschnitt. Die Erbenhaftung	395
§ 37 Grundfragen der Erbenhaftung	395
A. Übergang der Schulden	395
B. Haftungssysteme	395
C. Interessenlage	396
D. Gesetzliche Interessenbewertung	397
E. Arten der Nachlassverbindlichkeiten	400
F. Zusammenfassung	405
§ 38 Gläubigeraufgebot und Inventarerrichtung	406
A. Aufgebot der Nachlassgläubiger	406
B. Gläubigerversäumnis	409
C. Inventarerrichtung	410
D. Zusammenfassung	414
§ 39 Nachlassverwaltung und Nachlassinsolvenzverfahren	415
A. Gemeinsamkeiten von Nachlassverwaltung und Nachlassinsolvenz	415
B. Besonderheiten der Nachlassverwaltung	419
C. Besonderheiten des Nachlassinsolvenzverfahrens	421
D. Zusammenfassung	423
§ 40 Die Einreden des Erben und ihre Bedeutung im Prozess	425
A. Aufschiebende Einreden (§§ 2014–2017)	425
B. Unzulänglichkeitseinreden (§§ 1990–1992)	428
C. Ausschließungs- und Verschweigungseinrede (§§ 1973, 1974)	432
D. Zusammenfassung	433
§ 41 Die Haftung der Miterben	434
A. Grundzüge	434

B. Haftung vor der Nachlassteilung	436
C. Haftung nach der Nachlassteilung	439
D. Haftung gegenüber einem Miterben als Nachlassgläubiger	441
E. Zusammenfassung	442
§ 42 Die Haftung von Vor- und Nacherben	443
A. Haftung vor Eintritt des Nacherfalls	443
B. Haftung nach Eintritt des Nacherfalls	443
C. Zusammenfassung	445
8. Abschnitt. Zuwendungen auf den Todesfall durch Rechtsgeschäfte unter Lebenden	447
§ 43 Zuwendungen auf den Todesfall durch Rechtsgeschäfte unter Lebenden	447
A. Überblick	448
B. Schenkungen auf den Todesfall	448
C. Verträge zugunsten Dritter auf den Todesfall	458
D. Sonstige Zuwendungen unter Lebenden auf den Todesfall	466
E. Zusammenfassung	468
9. Abschnitt. Erbrecht und Gesellschaftsrecht	469
§ 44 Erbrecht und Gesellschaftsrecht	469
A. Fortführung eines Einzelhandelsgeschäfts	470
B. Nachfolge in den Anteil an einer Personengesellschaft	470
C. Vererbung von Kommanditanteilen und Anteilen an einer Kapitalgesellschaft	480
D. Zusammenfassung	480
10. Abschnitt. Der Erbschaftskauf	481
§ 45 Der Erbschaftskauf	481
A. Vertragsgegenstand	481
B. Form des Vertrags	482
C. Rechtsbeziehungen zwischen den Vertragspartnern	482
D. Rechtsbeziehungen der Parteien zu den Nachlassgläubigern	484
E. Zusammenfassung	484
11. Abschnitt. Erbschaftsteuerrecht	487
§ 46 Erbschaftsteuerrecht	487
A. Praktische Bedeutung	487
B. Rechtsgrundlagen	488
C. Steuerpflichtige Vorgänge	489
D. Steuerpflichtiger Erwerb	489
E. Höhe der Erbschaftsteuer	492
F. Steuerfestsetzung und Erhebung	493
G. Zusammenfassung	494
12. Abschnitt. Das internationale Erbrecht	495
§ 47 Das internationale Erbrecht	495
A. Erbfälle mit Auslandsbezug	495
B. Rechtliche Problematik	496
C. Anwendbares Recht nach deutschem internationalen Erbrecht	496
D. Anhang: Internationale Zuständigkeit deutscher Nachlassgerichte	503
Anhang: Mustertexte	505
Paragrafenregister	515
Sachverzeichnis	527

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 28. Auflage	V
Aus dem Vorwort zur 1. Auflage (1966)	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XLI
Literaturverzeichnis	XLV
1. Abschnitt. Einführung in das Erbrecht	1
§ 1 Grundbegriffe des Erbrechts	1
A. Begriff des Erbrechts	1
I. Erbrecht im objektiven Sinne	1
1. Tod eines Menschen als Anknüpfung für das Erbrecht	1
2. Erbrecht als Teil des Privatrechts	1
3. Regelung der vermögensrechtlichen Folgen beim Tod	2
II. Erbrecht im subjektiven Sinne	2
1. Herrschaft des Erben über den Nachlass	2
2. Kein Erbrecht vor dem Tod des Erblassers	2
B. Erbfall	3
C. Erblasser	3
D. Erbe	3
I. Bestimmung des Erben	3
II. Erbfähigkeit	4
1. Jede rechtsfähige Person	4
2. Rechtsfähigkeit zur Zeit des Erbfalls	4
E. Erbschaft	5
I. Grundsätze	6
II. Einzelfälle	7
1. Leichnam	7
2. Künstliche Körperteile	7
3. Recht auf Einsichtnahme in Krankenpapiere	8
4. Allgemeines Persönlichkeitsrecht	8
5. Familienrechte	10
6. Immaterialgüterrechte und gewerbliche Schutzrechte	10
7. Dingliche Rechte	11
8. Schuldrechtliche Ansprüche und Verpflichtungen	11
9. Anwartschaftsrechte	12
10. Digitaler Nachlass	12
§ 2 Grundprinzipien des Erbrechts, verfassungsrechtlicher Schutz und Rechtsquellen	13
A. Grundprinzipien	14
I. Privaterbrecht und Beteiligung des Staates am Erbrecht	14
1. Grundsatz: Privatpersonen als Erben	14
2. Beteiligung des Staates	14
II. Privatautonomie im Erbrecht	15
1. Testierfreiheit des Erblassers	15
2. Ausschlagungsrecht des Erben	15
III. Familienerbfolge	15
IV. Gesamtnachfolge	16
V. Haftung für Nachlassverbindlichkeiten	16
B. Verfassungsrechtlicher Schutz des Privaterbrechts	17
I. Einrichtungsgarantie	17
II. Grundrecht	18

C. Rechtsquellen	18
I. Bürgerliches Gesetzbuch	18
1. 5. Buch des BGB: Erbrecht	18
2. Erbrechtliche Bedeutung des Familienrechts	19
3. Erbrechtliche Bedeutung des Sachenrechts	19
4. Erbrechtliche Bedeutung des Schuldrechts	20
5. Erbrechtliche Bedeutung des Allgemeinen Teils des BGB	20
II. EuErbVO, EGBGB	21
1. Internationales Erbrecht	21
2. Übergangsrecht aus Anlass des Beitritts der ehemaligen DDR	21
III. Lebenspartnerschaftsgesetz	22
IV. Handelsgesetzbuch	22
1. Vererblichkeit der Handelsfirma	22
2. Auswirkungen des Todes eines Gesellschafters auf den Fortbestand einer Personenhandelsgesellschaft	22
V. Anerbengesetze	23
VI. Verfahrensgesetze	23
1. Zivilprozeßordnung (ZPO)	23
2. Zwangsversteigerungsgesetz (ZVG)	23
3. Insolvenzordnung (InsO)	23
4. Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG)	23
VII. Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetz	23
2. Abschnitt. Die Berufung zum Erben	25
1. Kapitel. Gesetzliche Erbfolge	25
§ 3 Das Verhältnis der gesetzlichen zur gewillkürten Erbfolge	25
A. Rangfolge	25
I. Vorrang der gewillkürten Erbfolge	25
1. Aufbau der gesetzlichen Regelung	25
2. Gründe für den Aufbau des Gesetzes	25
3. Anwendungsfälle	26
II. Nebeneinander von gewillkürter und gesetzlicher Erbfolge	26
B. Wirkung der gesetzlichen innerhalb der gewillkürten Erbfolge	26
C. Zusammenfassung	27
§ 4 Das gesetzliche Erbrecht der Verwandten	27
A. Verwandtschaft	28
I. Allgemeines	28
II. Genetische und rechtliche Verwandtschaft	28
1. Auseinanderfallen von rechtlicher und genetischer Verwandtschaft	28
2. Erbrechtliche Behandlung nichtehelicher Kinder	29
III. Verwandtschaft in den Fällen fehlerhafter Ehen	29
1. Nichtehe	29
2. Aufhebbare Ehe	30
B. Prinzipien des Verwandtenerbrechts	30
I. Parentel- oder Ordnungssystem	30
II. Gradualsystem	32
III. Repräsentationssystem mit Eintrittsrecht	32
1. Repräsentationssystem	32
2. Eintrittsrecht	33
IV. Stammes- und Liniensystem	33
1. Stammessystem	33
2. Liniensystem	34
3. Gradualsystem	35
C. Verwandtenerbrecht innerhalb der ersten bis dritten Ordnung	36
I. Erben der ersten Ordnung (§ 1924)	36
II. Erben der zweiten Ordnung (§ 1925)	37
III. Erben der dritten Ordnung (§ 1926)	38

D. Erhöhung des Erbteils (§ 1935)	40
E. Zusammenfassung	41
§ 5 Das gesetzliche Erbrecht des Ehegatten	41
A. Voraussetzungen des Ehegattenerbrechts	42
I. Bestehen der Ehe	42
1. Nichtehe	42
2. Aufhebbare Ehe	43
3. Geschiedene Ehe	43
4. Für tot erklärter Ehegatte	43
II. Ausschluss des Erbrechts trotz Bestehens der Ehe	43
1. Tod des Erblassers während des Scheidungsverfahrens	43
2. Eheaufliebungsantrag	44
B. Umfang des Ehegattenerbrechts	45
I. Ehegatte neben Verwandten der ersten Ordnung	45
II. Ehegatte neben Verwandten der zweiten Ordnung	45
III. Ehegatte neben Verwandten der dritten Ordnung	45
IV. Ehegatte neben Verwandten der vierten oder einer ferneren Ordnung	45
V. Ehegatte als Verwandter des Erblassers	46
C. Einfluss des Güterrechts auf das Ehegattenerbrecht	46
I. Gütertrennung	46
II. Gütergemeinschaft	47
1. Anteil am Gesamtgut	47
2. Sondergut und Vorbehaltsgut	47
III. Zugewinngemeinschaft	47
D. Anhang: Voraus, Dreißigster, Unterhaltsanspruch der werdenden Mutter	49
E. Zusammenfassung	49
§ 6 Das gesetzliche Erbrecht des Lebenspartners	49
A. Voraussetzungen des Lebenspartnererbrechts	50
I. Voraussetzungen des § 10 I, III LPartG	50
II. Kein Ausschluss nach allgemeinen Regeln	50
B. Umfang des Lebenspartnererbrechts	50
I. Erbquote neben Verwandten des Erblassers	51
II. Einfluss des Güterstandes auf die Erbquote	51
1. Zugewinngemeinschaft	51
2. Gütertrennung	51
3. Gütergemeinschaft	51
C. Anhang: Voraus des Lebenspartners	52
§ 7 Das gesetzliche Erbrecht des Staates	52
A. Grund der Regelung	52
B. Voraussetzungen	53
I. Materielles Recht	53
1. Kein Verwandter oder Ehegatte des Erblassers vorhanden	53
2. Träger des gesetzlichen Staatserbrechts	53
II. Verfahrensrecht	53
1. Ermittlungen des Nachlassgerichts	53
2. Feststellungsbeschluss des Nachlassgerichts	54
III. Professionelle Erbenermittler	54
C. Folgerungen	54
I. Ausschluss von Rechten	54
1. Kein Ausschlagungsrecht des Staates	54
2. Kein Verzichtsrecht des Staates	54
II. Keine Erbunwürdigkeit	55
III. Kein Ausschluss des gesetzlichen Erbrechts	55
IV. Keine unbeschränkte Erbenhaftung	55
D. Zusammenfassung	55
2. Kapitel. Gewillkürte Erbfolge	55
§ 8 Überblick über die Verfügungen von Todes wegen	56
A. Begriff	56

B. Inhalt und Arten	57
I. Inhalt	57
1. Erbeinsetzung, Enterbung	57
2. Vermächtnisse, Auflagen	57
3. Regeln für die Auseinandersetzung	57
4. Beschränkung des Pflichtteils	57
5. Aufhebung einer Verfügung von Todes wegen	57
6. Anordnung der Zuständigkeit eines Dritten	57
7. Bestimmungen familienrechtlichen Inhalts	58
8. Bestimmungen zu Rechtsgeschäften unter Lebenden	58
II. Arten	58
1. Unterscheidung nach der Bindungswirkung	58
2. Unterscheidung nach der Art und Weise der Errichtung	59
a) Ordentliche Testamente	59
b) Außerordentliche Testamente	59
§ 9 Testierfähigkeit des Erblassers und persönliche Errichtung der Verfügung von Todes wegen	59
A. Testierfähigkeit	60
I. Testierfähigkeit bei der Testamentserrichtung	60
1. Testierfähigkeit Minderjähriger	60
2. Testierfähigkeit Volljähriger	61
II. Testierfähigkeit bei gemeinschaftlichem Testament und Erbvertrag	62
1. Beim gemeinschaftlichen Testament	62
2. Beim Erbvertrag	62
B. Persönliche Errichtung	62
I. Keine Stellvertretung	62
II. Keine Bestimmung durch Dritte	62
1. Bestimmung über die Geltung der Verfügung von Todes wegen	62
2. Bestimmung der Person des Bedachten und des Gegenstands der Zuwendung	64
C. Errichtung einer Verfügung von Todes wegen nach dem ZGB	66
D. Zusammenfassung	66
§ 10 Das ordentliche öffentliche Testament	66
A. Vorteile des öffentlichen Testaments	67
B. Gesetzliche Regelung	68
C. Arten des öffentlichen Testaments	68
I. Erklärung gegenüber dem Notar	68
II. Übergabe einer offenen Schrift	68
III. Übergabe einer verschlossenen Schrift	69
IV. Kombination mehrerer Errichtungsarten	69
D. Errichtung des öffentlichen Testaments	70
I. Notar als Urkundsperson	70
1. Örtliche Zuständigkeit	70
2. Ausschlussgründe	70
II. Feststellung der Person und der Testierfähigkeit des Erblassers	70
III. Prüfungs- und Belehrungspflichten des Notars	71
IV. Niederschrift	71
1. Aufnahme und Inhalt der Niederschrift	71
2. Vorlesen, genehmigen und unterschreiben der Niederschrift	71
V. Verschließung und Verwahrung der Niederschrift und Registrierung der Verwahrdaten	72
1. Verschließung	72
2. Amtliche Verwahrung	72
3. Registrierung im Zentralen Testamentsregister (ZTR)	72
E. Sonderfälle	73
F. Notarielles Testament nach dem ZGB	74
G. Zusammenfassung	74
§ 11 Das eigenhändige Testament	74
A. Vorteile des eigenhändigen Testaments	75
B. Fähigkeit zur Errichtung eines eigenhändigen Testaments	75

C. Form des eigenhändigen Testaments	76
I. Eigenhändige Niederschrift	76
1. Eigenhändig geschriebene und unterschriebene Erklärung	76
2. Unerhebliche Gesichtspunkte	78
II. Unterschrift	78
1. Identitätsfrage	78
2. Abschlussfrage	79
D. Zeit- und Ortsangabe	80
E. Verwahrung	80
F. Eigenhändiges Testament nach dem ZGB	80
G. Zusammenfassung	81
§ 12 Die außerordentlichen Testamente	81
A. Begriff, Bedeutung und Geltungsdauer	82
B. Nottestament vor dem Bürgermeister	82
I. Voraussetzungen	82
1. Todesgefahr	82
2. Absperrung	83
II. Mitwirkende Personen	83
1. Bürgermeister	83
2. Zwei Zeugen	83
III. Errichtung	83
C. Dreizeugentestament	83
I. Voraussetzungen	83
1. Absperrung	83
2. Nahe Todesgefahr	84
II. Mitwirkende Personen	84
III. Errichtung	84
D. Seetestament	84
E. Zusammenfassung	85
§ 13 Der Widerruf des Testaments	85
A. Voraussetzungen	85
B. Ausübung des Widerrufs	86
I. Testament	86
II. Vernichtung oder Veränderung der Testamentsurkunde	87
III. Rücknahme des öffentlichen Testaments aus der amtlichen Verwahrung	88
C. Widerruf des Widerrufs	89
D. Zusammenfassung	89
§ 14 Der Erbvertrag	90
A. Bedeutung und Begriff	91
I. Bedeutung	91
II. Begriff	91
1. Verfügung von Todes wegen	91
2. Vertrag	92
B. Abschluss	92
I. Geschäftsfähigkeit der Vertragschließenden	92
II. Vertretung der Vertragschließenden	92
III. Form des Erbvertrags	93
1. Gleichzeitige Anwesenheit vor dem Notar	93
2. Maßgeblichkeit der Form für alle Vertragsschließenden	93
3. Form bei Erbvertrag mit Ehevertrag	93
IV. Verschließung, Verwahrung, Eröffnung	93
C. Inhalt und Arten	94
I. Inhalt	94
1. Andere Verfügungen als Erbeinsetzungen, Vermächtnisse, Auflagen oder Wahl des anzuwendenden Rechts	94
2. Erbeinsetzungen, Vermächtnisse und Auflagen	94
3. Vertragsmäßige Verfügungen nur bei gewollter Bindungswirkung	95
4. Kombination mit einem anderen Vertrag	95

II. Arten	95
1. Einseitige und zweiseitige Erbverträge	95
2. Entgeltliche und unentgeltliche Erbverträge	96
D. Bindungswirkung	98
I. Einfluss auf frühere und spätere Verfügungen	98
1. Frühere letztwillige Verfügungen	98
2. Spätere Verfügungen von Todes wegen	99
II. Keine Einschränkung bei Verfügungsgeschäften unter Lebenden	99
1. Bereicherungsanspruch des Vertragsberen bei beeinträchtigenden Schenkungen des Erblassers	99
2. Ansprüche des vertraglichen Vermächtnisnehmers bei Vereitelung seines Vermächtnisanspruchs in Beeinträchtigungsabsicht	102
E. Ausnahmen von der Bindungswirkung	102
I. Vorbehalt	102
II. Beschränkung in guter Absicht	102
III. Zustimmung des Bedachten	103
F. Beseitigung der Bindungswirkung	103
I. Aufhebung durch die Vertragsparteien	103
1. Aufhebungsvertrag	103
2. Gemeinschaftliches Aufhebungstestament	104
3. Aufhebungstestament mit Zustimmung des Vertragspartners	105
II. Rücktritt	105
1. Rücktrittsgründe	105
2. Rücktrittserklärung	106
3. Rücktrittswirkung	107
4. Aufhebungstestament des Rücktrittsberechtigten	107
III. Anfechtung	107
G. Besonderheiten bei Erbverträgen unter Ehegatten, Verlobten und Lebenspartnern	108
H. Zusammenfassung	109
§ 15 Das gemeinschaftliche Testament von Ehegatten und Lebenspartnern	109
A. Begriff und Bedeutung	110
I. Begriff	110
II. Bedeutung	112
1. Formprivileg	112
2. Bindungswirkung	112
3. Rechtspolitische Bedenken	113
B. Errichtung	113
I. Beschränkung auf Ehegatten und Lebenspartner	113
1. Nur Ehegatten und Lebenspartner als Parteien eines gemeinschaftlichen Testaments	113
2. Bedeutung eines späteren Scheidungs- oder Aufhebungsurteils	114
II. Form	114
1. Öffentliches gemeinschaftliches Testament	114
2. Gemeinschaftliches Nottestament	115
3. Eigenhändiges gemeinschaftliches Testament	115
III. Verwahrung	115
C. Inhalt und Arten	115
I. Inhalt	115
II. Arten	116
1. Testamenta correspondiva	116
2. Testamenta reciproca	116
3. Testamenta mere simultanea	116
D. Gegenseitige Erbeinsetzung (Berliner Testament)	117
I. Auslegungsmöglichkeiten	117
1. Trennungsprinzip	117
2. Einheitsprinzip	118
II. Folgen beim Trennungs- und Einheitsprinzip	119
1. Rechtsstellung des überlebenden Ehegatten	119

2. Rechtsstellung des Dritten	119
3. Rechtsstellung des pflichtteilsberechtigten Dritten	119
III. Auslegung im Einzelfall	120
IV. Auslegung beim Vermächtnis	121
V. Auslegung einer Wiederverheiratungsklausel	121
1. Bei gewollter Vor- und Nacherbschaft	122
2. Bei gewollter Vollerbschaft	122
E. Wechselbezügliche Verfügungen	123
I. Voraussetzungen	123
1. Ehegatten bedenken sich gegenseitig	123
2. Ein Ehegatte bedenkt den anderen	123
II. Folgen der Wechselbezüglichkeit	125
1. Auswirkung der Nichtigkeit einer Verfügung auf die andere Verfügung	125
2. Auswirkung des Widerrufs einer Verfügung auf die andere Verfügung	125
3. Bindungswirkung nach Annahme der Zuwendung	126
F. Zusammenfassung	127
§ 16 Die Auslegung der Verfügungen von Todes wegen	127
A. Allgemeines zur Auslegung	128
B. Auslegung von Testamenten	129
I. Fehlender Vertrauensschutz	129
II. Auslegung und Anfechtung	129
III. Auslegung und Form	130
IV. Ergänzende Auslegung	132
1. Lückenfeststellung und Lückenausfüllung im Allgemeinen	132
2. Lückenfeststellung und Lückenausfüllung beim Testament	133
3. Testamentserrichtung als maßgeblicher Zeitpunkt	134
4. Ergänzende Auslegung und Formbedürftigkeit	134
V. Wohlwollende Auslegung (§ 2084)	135
VI. Besondere gesetzliche Auslegungsregeln	136
1. Bedeutung	136
2. Regeln zur Bestimmung des Bedachten	136
3. Regeln für bedingte Zuwendungen	138
C. Auslegung von Erbverträgen	141
I. Rechtsgeschäfte unter Lebenden	141
II. Einseitige Verfügungen	141
III. Vertragsmäßig bindende Verfügungen	141
1. Vertragsmäßige Verfügung ohne Verpflichtung zur Gegenleistung: Maßgeblichkeit allein des Erblasserwillens	142
2. Vertragsmäßige Verfügung mit Verpflichtung zu einer Gegenleistung: Maßgeblichkeit auch der Interessen des Vertragspartners	142
3. Ergänzende Auslegung bei lückenhaftem Erbvertrag	143
IV. Gesetzliche Auslegungsregeln	143
D. Auslegung von gemeinschaftlichen Testamenten	143
I. Wechselbezügliche Verfügungen	143
II. Nicht wechselbezügliche Verfügungen	143
III. Gesetzliche Auslegungsregeln	144
E. Zusammenfassung	144
§ 17 Die Anfechtung der Verfügungen von Todes wegen	145
A. Allgemeines zur Anfechtung	145
B. Testamentsanfechtung	146
I. Anfechtungstatbestand	146
1. Vorliegen einer letztwilligen Verfügung	146
2. Auslegung vor Anfechtung	146
3. Anfechtungsgrund	146
4. Ursächlichkeit von Irrtum oder Drohung für die Verfügung	148
5. Keine verständige Würdigung des Falles erforderlich	148
II. Anfechtungsberechtigte	148
1. Keine Anfechtungsberechtigung des Erblassers	148

2. Anfechtungsberechtigung dessen, der vom Wegfall der Verfügung profitiert	148
3. Einschränkung der Anfechtungsberechtigung bei der Irrtumsanfechtung	149
III. Anfechtungserklärung	149
1. Formfreiheit	149
2. Anfechtungsgegner	149
3. Inhalt der Anfechtungserklärung	150
4. Anfechtungsfrist	150
IV. Verlust des Anfechtungsrechts	150
1. Ablauf der gesetzlichen Ausschlussfrist	150
2. Bestätigung	151
V. Wirkung der Anfechtung	151
1. Nichtigkeit der Verfügung ex tunc	151
2. Teilnichtigkeit	151
3. Kein Ersatz des negativen Interesses	151
VI. Gerichtliche Prüfung der Wirkung der Anfechtung	152
1. Grundsätzlich keine Prüfung durch das Nachlassgericht	152
2. Prüfung durch das Nachlassgericht bei Beantragung eines Erbscheins	152
C. Anfechtung des Erbvertrags	153
I. Allgemeines	153
1. Anfechtung anderer Erklärungen als Verfügungen von Todes wegen	153
2. Anfechtung einseitiger Verfügungen von Todes wegen	153
3. Anfechtung vertragsmäßig bindender Verfügungen	153
II. Anfechtungstatbestand	153
III. Anfechtungsberechtigte	154
1. Anfechtungsberechtigung des Erblassers	154
2. Anfechtungsberechtigung dessen, der vom Wegfall der Verfügung profitiert	154
IV. Anfechtungserklärung	154
1. Notarielle Beurkundung	154
2. Anfechtungsgegner	154
V. Anfechtungsfrist	154
VI. Verlust des Anfechtungsrechts	155
VII. Wirkung der Anfechtung	155
VIII. Anhang: Anfechtung des Aufhebungsvertrags	155
D. Anfechtung des gemeinschaftlichen Testaments	156
I. Allgemeines	156
II. Anfechtungsrecht des Erblassers	156
1. Nur bei wechselbezüglichen Verfügungen	156
2. Form, Frist, Anfechtungsgegner	156
3. Wirkung der Anfechtung	156
III. Anfechtungsrecht des Ehegatten/Lebenspartners und Dritter	157
E. Zusammenfassung	158
§ 18 Die Nichtigkeit und Unwirksamkeit der Verfügungen von Todes wegen	158
A. Bedeutung von Nichtigkeit und Unwirksamkeit	159
I. Nichtigkeit	159
II. Unwirksamkeit	159
B. Bewusstes Abweichen von Wille und Erklärung	160
I. Geheimer Vorbehalt	160
II. Nicht ernstliche Willenserklärung	160
III. Scheinerklärung	161
C. Formmangel	161
D. Verstoß gegen ein gesetzliches Verbot, gegen Grundrechte oder gegen die guten Sitten	162
I. Verstoß gegen ein gesetzliches Verbot	162
1. § 14 HeimG und entsprechende landesrechtliche Regelungen	162
2. AGG	164
II. Verstoß gegen Grundrechte	164
III. Verstoß gegen die guten Sitten	164
1. Voraussetzungen der Sittenwidrigkeit	164
2. Maßgeblicher Zeitpunkt für die Sittenwidrigkeit	166

E. Teilnichtigkeit und Umdeutung	167
I. Teilnichtigkeit	167
1. Beim Testament	167
2. Beim Erbvertrag	168
3. Beim gemeinschaftlichen Testament	168
4. Wirksamkeit bei Ergänzungsvorbehalt	168
II. Umdeutung	168
F. Zusammenfassung	169
3. Kapitel. Ausschluss von der Erbfolge	169
§ 19 Die Enterbung	169
A. Begriff und Bedeutung	169
B. Durchführung und Wirkung	170
I. Durchführung	170
1. Ausschluss von der Erbfolge	170
2. Anderweitige Verteilung des vollständigen Nachlasses	170
3. Verbindung von ausdrücklicher Enterbung und anderweitiger Erbeinsetzung	170
4. Zuwendung des Pflichtteils	170
5. Entziehung des Pflichtteils	171
II. Wirkung	171
1. Keine Erbenstellung des Enterbten	171
2. Im Zweifel keine Erstreckung der Enterbung auf Abkömmlinge	171
3. Keine Auswirkung der Enterbung auf das Pflichtteilsrecht	171
C. Zusammenfassung	171
§ 20 Die Erbunwürdigkeit	172
A. Bedeutung	172
B. Erbunwürdigkeitsgründe	172
I. Gesetzliche Tatbestände	172
1. § 2339 I Nr. 1, 1. Fall	173
2. § 2339 I Nr. 1, 2. Fall	173
3. § 2339 I Nr. 2	173
4. § 2339 I Nr. 3	174
5. § 2339 I Nr. 4	174
II. Ausschluss der Erbunwürdigkeit	175
1. Keine (rechtzeitige) Geltendmachung	175
2. Unwirksamwerden der erbunwürdig veranlassten Verfügung vor dem Erbfall	175
3. Unwirksamwerden der erbunwürdig herbeigeführten Aufhebung der Verfügung vor dem Erbfall	175
4. Verzeihung des Erblassers	175
C. Anfechtungsverfahren	176
I. Anfechtungsklage	176
II. Anfechtungsberechtigung	176
III. Zeitpunkt der Anfechtung	176
D. Wirkungen der erfolgreichen Anfechtung	177
I. Rechtliches Schicksal der Erbschaft	177
II. Rechtsbeziehungen zu Dritten	177
III. Rechtsbeziehungen zwischen dem Erbunwürdigen und dem neuen Erben	177
E. Anhang: Unwürdigkeit bei Vermächtnis- und Pflichtteilsansprüchen	178
I. Vermächtnisunwürdigkeit	178
1. Geltendmachung durch Anfechtung	178
2. Anfechtungsfrist	178
3. Wirkung der Anfechtung	178
4. Rückabwicklung nach Bereicherungsrecht	178
5. Vermächtnisunwürdigkeit beim »Voraus« und beim »Dreißigsten«	179
II. Unwürdigkeit bei Pflichtteilsansprüchen	179
F. Zusammenfassung	179
§ 21 Der Erbverzicht	180
A. Begriff und Bedeutung	180
B. Gegenstand des Erbverzichts und Verzichtsberechtigung	181

I. Verzicht auf das gesetzliche Erbrecht	181
1. Verzichtsberechtigte	181
2. Umfang des Erbverzichts	181
3. Verzicht zugunsten eines Dritten	181
4. Auslegung des Verzichts eines Abkömmlings	181
5. Erstreckung des Verzichts auf den ganzen Stamm	182
6. Bedeutung des Verzichts für Zuwendungen durch Verfügung von Todes wegen	182
II. Verzicht auf das Pflichtteilsrecht	182
1. Erstreckung des Verzichts auf den Pflichtteilsanspruch	182
2. Beschränkung des Verzichts auf den Pflichtteilsanspruch	182
III. Verzicht auf Erbeinsetzungen und Vermächtnisse	182
1. Möglichkeit eines Verzichts auf Erbeinsetzungen und Vermächtnis- zuwendungen	182
2. Verzichtsberechtigte	183
3. Erstreckung des Verzichts auf Abkömmlinge des Verzichtenden	183
C. Vereinbarung und Beseitigung des Erbverzichts	183
I. Vereinbarung des Erbverzichts	183
1. Vertrag zwischen dem Verzichtenden und dem Erblasser	183
2. Notarielle Beurkundung	183
3. Geschäftsfähigkeit und Stellvertretung	184
II. Beseitigung des Erbverzichts	184
D. Erbverzicht gegen Abfindung	185
E. Erbverzicht und Insolvenz	186
F. Zusammenfassung	186
§ 22 Die Ausschlagung sowie die Annahme der Erbschaft	187
A. Begriff und Bedeutung der Ausschlagung	187
B. Recht zur Ausschlagung und Verfahren	188
I. Recht zur Ausschlagung	188
1. Ausschlagungsberechtigte	188
2. Kein Ausschlagungsrecht	188
3. Vererblichkeit des Ausschlagungsrechts	188
4. Keine Übertragbarkeit des Ausschlagungsrechts	188
5. Keine Hinderung der Ausschlagung durch Insolvenzverfahren	189
II. Verfahren bei der Ausschlagung	189
1. Ausschlagungserklärung	189
2. Form der Ausschlagung	189
3. Wirksamwerden mit Zugang beim Nachlassgericht	189
4. Stellvertretung bei der Ausschlagung	189
5. Bedingungsfeindlichkeit der Ausschlagung	190
6. Sittenwidrigkeit der Ausschlagung	190
7. Zeitliche Grenzen der Ausschlagung	191
C. Umfang der Ausschlagung	192
I. Ganzer Nachlass oder ein Erbteil	192
1. Grundsatz: Ausschlagung oder Annahme der ganzen Erbschaft	192
2. Ausschlagung des gesetzlichen Erben nur bezüglich der testamentarischen Erbeinsetzung	192
II. Mehrere Erbteile	192
1. Anfall aus demselben Berufungsgrund	193
2. Anfall aus verschiedenen Berufungsgründen	193
D. Rechtsfolgen der Ausschlagung	193
I. Rechtsstellung des Ausschlagenden	193
II. Schicksal des Nachlasses	193
1. Rückwirkender Wegfall der Erbenstellung des Ausschlagenden	193
2. Rechtsstellung des an die Stelle des Ausschlagenden tretenden Erben	194
3. Nachlasssicherung bis zur endgültigen Klärung der Erbfolge	194
E. Annahme der Erbschaft	194
F. Willensmängel bei Annahme und Ausschlagung	195
I. Anfechtungsgründe	195

1. Anfechtungsgründe der §§ 119ff.	195
2. Irrtum im Motiv (§ 2308)	196
3. Irrtum über den Berufungsgrund	196
4. Irrtum bei der Anfechtungserklärung	197
II. Anfechtungserklärung	197
1. Form, Inhalt, Stellvertretung	197
2. Adressat der Anfechtung	197
3. Anfechtungsfrist	197
4. Prüfung der Anfechtung bei einem Streit um die Erbscheinerteilung	198
III. Wirkung der Anfechtung	198
1. Geltung der entgegengesetzten Erklärung	198
2. Schadensersatz nach § 122	198
IV. Anfechtung der Versäumung der Ausschlagungsfrist	198
G. Ausschlagung und Insolvenz	199
H. Zusammenfassung	199
J. Rechtsstellung des vorläufigen Erben	200
I. Gerichtliche Verfahren	200
1. Zwangsvollstreckung durch einen Nachlassgläubiger	200
2. Zwangsvollstreckung durch einen persönlichen Gläubiger des vorläufigen Erben	201
3. Tod des Erblassers während des Rechtsstreits	201
4. Tod des Erblassers vor einem Rechtsstreit gegen den Nachlass	202
II. Verpflichtungsgeschäfte	202
1. Verpflichtungsgeschäfte vor späterer Ausschlagung der Erbschaft	202
2. Verpflichtungsgeschäfte vor späterer Annahme der Erbschaft	202
III. Verfügungsgeschäfte	203
1. Annahme der Erbschaft durch Vornahme einer Verfügung	203
2. Verfügungen vor späterer Annahme der Erbschaft	203
3. Verfügungen vor späterer Ausschlagung der Erbschaft	203
IV. Einseitige Rechtsgeschäfte gegenüber dem vorläufigen Erben	203
K. Zusammenfassung	203
3. Abschnitt. Die Anordnungen des Erblassers	205
1. Kapitel. Erbeinsetzung	205
§ 23 Die Bestimmung des Erben	205
A. Begriff der Erbeinsetzung	205
B. Erbeinsetzung als Alleinerbe, nach Bruchteilen sowie unter einer Bedingung oder Befristung	206
I. Erbeinsetzung als Alleinerbe	206
II. Erbeinsetzung nach Bruchteilen	207
1. Bruchteile erschöpfen nicht den gesamten Nachlass	207
2. Bruchteile übersteigen den Nachlass	207
3. Einsetzung mehrerer Erben ohne Bestimmung der Bruchteile	208
4. Einsetzung mehrerer Erben mit und ohne Bestimmung von Bruchteilen	208
5. Einsetzung mehrerer Erben auf einen gemeinschaftlichen Bruchteil	208
III. Bedingte und befristete Erbeinsetzung	208
C. Anwachsung	208
I. Bedeutung	208
II. Voraussetzungen	209
1. Wegfall eines eingesetzten Erben	209
2. Anwachsung vom Erblasserwillen gedeckt	209
III. Wirkungen	209
1. Verhältnismäßige Erhöhung der Erbteile	209
2. Verhältnis zwischen dem ursprünglichen und dem angewachsenen Erbteil	210
D. Zusammenfassung	210
§ 24 Die Bestimmung eines Ersatzerben	211
A. Begriff des Ersatzerben	211
B. Voraussetzungen	212
I. Wegfall eines Erben	212

II. Anordnung des Erblassers	212
1. Einsetzung eines Ersatzerben	212
2. Anordnung der Ersatzerbschaft nur für bestimmte Fälle	212
3. Gegenseitige Einsetzung mehrerer Erben als Ersatzerben	213
C. Wirkungen	213
D. Zusammenfassung	213
2. Kapitel. Beschränkung der Erben	213
§ 25 Die Vor- und Nacherbschaft	213
A. Begriff und Bedeutung	214
I. Begriff	214
II. Bedeutung	215
B. Anordnung der Nacherbschaft	215
I. Bestimmung durch Verfügung von Todes wegen	215
II. Auslegung der Verfügung von Todes wegen	215
1. Einsetzung einer beim Erbfall noch nicht gezeugten Person	216
2. Einsetzung als Nacherbe und Ersatzerbschaft	216
3. Abgrenzung zwischen Nacherbschaft und Vermächtnis	216
4. Einsetzung eines Vorerben ohne Nacherben und umgekehrt	216
5. Auslegung der Einsetzung eines Abkömmlings als Vorerben	217
6. Gegenseitige Erbeinsetzung von Ehegatten	217
7. Wegfall eines von mehreren Vorerben	217
8. Einsetzung eines Nacherben unter der auflösenden Bedingung einer anderweitigen Verfügung des Vorerben	218
III. Bestimmung des Eintritts der Nacherbfolge	218
1. Zeitliche Grenze für den Eintritt des Nacherbfalls	219
2. Keine Bestimmung des Nacherbfalls durch den Erblasser	219
C. Rechtsstellung des Nacherben	219
I. Anwartschaftsrecht	219
II. Vererblichkeit des Anwartschaftsrechts	220
III. Verfügung über das Anwartschaftsrecht	220
IV. Vernichtung des Anwartschaftsrechts	221
1. Verzicht des Nacherben	221
2. Ausschlagung durch den Nacherben	221
D. Rechtsstellung des Vorerben	222
I. Verfügungsfreiheit und Verfügungsbeschränkungen	222
1. Grundsatz: Verfügungsfreiheit	222
2. Einschränkungen der Verfügungsfreiheit	222
II. Verpflichtungsgeschäfte des Vorerben	227
III. Verwaltung durch den Vorerben	228
1. Pflicht zur ordnungsmäßigen Verwaltung	228
2. Folgen der Verletzung der Pflicht zur ordnungsmäßigen Verwaltung	229
IV. Prozessführung durch den Vorerben	229
1. Rechtskrafterstreckung auf den Nacherben	229
2. Eintritt des Nacherbfalls während eines Rechtsstreits	230
V. Surrogation	230
E. Folgen des Nacherbfalls	231
I. Anfall der Erbschaft	231
II. Herausgabeanspruch des Nacherben	231
III. Ersatzanspruch des Nacherben	231
1. Schadensersatz wegen Wertverringerung aufgrund nicht ordnungsmäßiger Verwaltung	231
2. Wertersatz wegen eigenmütiger Verwendung	232
IV. Anspruch des Nacherben wegen übermäßiger Fruchtziehung	232
V. Gegenansprüche des Vorerben	233
1. Gewöhnliche Erhaltungskosten	233
2. Außergewöhnliche Erhaltungskosten	233
3. Sonstige Verwendungen	233
4. Ordentliche Lasten	233

5. Außerordentliche Lasten	234
VI. Wiederaufleben erloschener Rechte	234
VII. Verfügungen des Vorerben nach Eintritt des Nacherbfalls	234
1. Verfügungen des Vorerben ohne Kenntnis vom Nacherfall	234
2. Schutz des gutgläubigen Erwerbers	235
VIII. Unterhaltsanspruch der Mutter des Nacherben	235
IX. Haftung des Nacherben	235
F. Besonderheiten der befreiten Vorerbschaft	235
I. Anordnung des Erblassers	235
II. Grenzen der Befreiung	236
III. Folgen der Befreiung	236
1. Beschränkte Herausgabepflicht des befreiten Vorerben	236
2. Schadensersatzpflicht des Vorerben bei unentgeltlichen Verfügungen und bei Beeinträchtigungsabsicht	236
C. Zusammenfassung	236
§ 26 Die Testamentsvollstreckung	238
A. Bedeutung	239
B. Voraussetzungen	239
I. Anordnung der Testamentsvollstreckung	239
II. Ernennung des Testamentsvollstreckers	240
1. Ernennung durch den Erblasser	240
2. Ernennung durch einen vom Erblasser ermächtigten Dritten	240
3. Ernennung von Mitvollstreckern oder eines Nachfolgers durch den vom Erblasser ermächtigten Testamentsvollstrecker	240
4. Ernennung durch das Nachlassgericht auf Ersuchen des Erblassers	240
III. Eignung zum Testamentsvollstreckter	241
1. Natürliche und juristische Personen	241
2. Geschäftsfähigkeit	241
IV. Annahme des Amtes	241
C. Dauer der Testamentsvollstreckung und des Testamentsvollstreckeramtes	241
I. Beginn	242
1. Beginn der Testamentsvollstreckung	242
2. Beginn des Testamentsvollstreckeramtes	242
II. Ende	242
1. Ende des Testamentsvollstreckeramtes	242
2. Ende der Testamentsvollstreckung	243
D. Rechtsstellung und Aufgaben des Testamentsvollstreckers	244
I. Rechtsstellung	244
II. Arten der Testamentsvollstreckung und Aufgaben des Testamentsvollstreckers	244
1. Aufgaben bei den verschiedenen Arten der Testamentsvollstreckung	244
2. Erweiterungen und Beschränkungen der Aufgaben durch den Erblasser	245
III. Mehrere Testamentsvollstreckter	246
E. Verwaltung des Nachlasses durch den Testamentsvollstreckter	246
I. Allgemeines	246
1. Verwaltung des Nachlasses bei der Abwicklungsvollstreckung	246
2. Verwaltung des Nachlasses bei der Verwaltungsvollstreckung	247
3. Besonderheiten bei der Fortführung eines Unternehmens	247
II. Besitz	249
III. Verfügungen	249
1. Grundsatz: Verfügungsbefugnis über Nachlassgegenstände	249
2. Keine Befugnis zu unentgeltlichen Verfügungen	249
IV. Verpflichtungen	250
1. Erkennbares Handeln des Testamentsvollstreckers für den Nachlass	250
2. Berechtigung des Testamentsvollstreckers	250
V. Prozessführung und Zwangsvollstreckung	251
1. Zwangsvollstreckung bei Vorliegen eines Vollstreckungstitels für oder gegen den Erblasser	251
2. Prozessführungsbefugnis bei noch nicht vorliegendem Vollstreckungstitel	251

3. Keine Zwangsvollstreckung durch einen Eigengläubiger des Erben in die der Testamentsvollstreckung unterliegenden Nachlassgegenstände	253
F. Rechtsstellung des Erben während der Testamentsvollstreckung	253
I. Verfügungen	253
II. Verpflichtungen	254
G. Rechtsverhältnis zwischen Erben und Testamentsvollstrecker	254
I. Gesetzliches Schuldverhältnis	254
II. Pflichten des Testamentsvollstreckers	254
1. Mitteilung eines Nachlassverzeichnisses	254
2. Ordnungsmäßige Verwaltung	255
3. Schadensersatz bei schuldhafter Pflichtverletzung	255
4. Zwingender Charakter der Verpflichtungen	255
5. Überlassung von nicht benötigten Nachlassgegenständen	255
III. Rechte des Testamentsvollstreckers	256
H. Zusammenfassung	256
3. Kapitel. Beschwerungen der Erben	258
§ 27 Das Vermächtnis	258
A. Begriff	259
B. Beschwerter	260
I. Bestimmung des Beschwerteren	260
1. Erben und Vermächtnisnehmer	260
2. Keine Beschwerung sonstiger Beteiligter	261
II. Wegfall des Beschwerteren	261
C. Vermächtnisnehmer	261
I. Bedachtenfähigkeit	261
II. Bestimmung des Bedachten	261
1. Bestimmung durch den Erblasser	262
2. Bestimmung durch einen anderen	262
III. Mehrere Bedachte	263
IV. Besondere Vermächtnisnehmer	264
1. Erbe als Vorausvermächtnisnehmer	264
2. Ersatzvermächtnisnehmer	265
3. Nachvermächtnisnehmer	265
D. Gegenstand des Vermächtnisses	266
I. Begriff des Vermögensvorteils	266
1. Unmittelbare Vermögensmehrung	266
2. Mittelbare wirtschaftliche Besserstellung	266
II. Arten der Leistungsgegenstände	266
1. Stückvermächtnis	266
2. Gattungsvermächtnis	267
3. Wahlvermächtnis	268
4. Zweckvermächtnis	268
5. Verschaffungsvermächtnis	269
6. Schuldbefreiungsvermächtnis	269
E. Erwerb des Vermächtnisses	269
I. Anfall	269
1. Mit dem Erbfall	270
2. Bei Eintritt einer aufschiebenden Bedingung	270
3. Mit der Geburt des Bedachten	270
4. Anwartschaftsrecht des Bedachten zwischen Erbfall und Anfall	271
5. Zeitliche Grenze für den Anfall	271
6. Wegfall bei Eintritt einer auflösenden Bedingung/Befristung	271
II. Fälligkeit	271
III. Annahme und Ausschlagung	272
F. Haftung des Beschwerteren	272
I. Haftung von Erben	272
1. Haftung des beschwerteren Alleinerben	272
2. Haftung bei beschwerteren Miterben	273

II. Haftung von Vermächtnisnehmern	273
1. Haftung des beschworenen einzigen Vermächtnisnehmers	273
2. Haftung mehrerer beschworener Vermächtnisnehmer	274
G. Zusammenfassung	274
§ 28 Die Auflage	276
A. Begriff, Abgrenzung und gesetzliche Regelung	276
I. Begriff	276
1. Anordnung im Testament oder Erbvertrag	276
2. Beschwörer	276
3. Möglicher Inhalt	277
4. Keine notwendige Benennung eines Begünstigten	277
II. Abgrenzung	277
III. Gesetzliche Regelung	277
B. Begünstigter	278
C. Vollziehungsanspruch	278
I. Vollziehungsberechtigte	278
II. Inhalt des Vollziehungsanspruchs	279
III. Entstehung, Fälligkeit und Dauer	279
IV. Durchsetzung	279
D. Unwirksamkeit der Auflage	279
I. Unwirksamkeitsgründe und Folgen	279
II. Unmöglichkeit	279
E. Zusammenfassung	280
4. Abschnitt. Die Miterbengemeinschaft	283
§ 29 Gesamthand und Miterbenanteil	283
A. Allgemeines	283
B. Sondervermögen der Gesamthänder	284
I. Gesamthand	284
II. Selbstständigkeit des Nachlasses	284
1. Keine Verfügungen über einzelne Nachlassgegenstände möglich	284
2. Eintritt der Miterbengemeinschaft in die Rechtsbeziehungen zwischen dem Erblasser und einzelnen Miterben	285
3. Bedeutung der Selbstständigkeit des Nachlasses für die Gegenseitigkeit bei der Aufrechnung	285
4. Selbstständigkeit der Nachlässe bei Beerbung zweier Erblasser	285
III. Erhaltung des Nachlasses	285
1. Surrogationsgrundsatz	285
2. Haftung des Nachlasses für Ersatzansprüche aus schlechter Verwaltung	286
IV. Besonderer Gläubigerschutz	286
C. Verfügung über den Miterbenanteil	286
I. Gegenstand der Verfügung	286
II. Arten der Verfügung	287
1. Übertragung des Anteils	287
2. Dingliche Belastung des Anteils	288
3. Pfändung des Anteils durch Gläubiger des Miterben	288
III. Form	288
1. Notarielle Beurkundung	288
2. Beurkundung von Verpflichtung und Verfügung in einer Urkunde	289
3. Formbedürftigkeit einer Vollmacht	289
IV. Abgrenzung zum Ausscheiden durch Abschichtung	289
D. Vorkaufsrecht der Miterben	290
I. Zweck	290
II. Vorkaufsfall	290
1. Verkauf durch einen Miterben	290
2. Verkauf an einen Dritten	291
3. Gültiger Kaufvertrag	291
III. Berechtigte	292

IV. Verpflichtete	292
V. Ausübung	292
VI. Wirkung	293
VII. Haftung	293
E. Zusammenfassung	294
§ 30 Die Verwaltung des Nachlasses durch die Miterbengemeinschaft	294
A. Grundlinien	295
B. Begriff der Verwaltung	296
C. Innenverhältnis	296
I. Bereiche der Verwaltung	296
1. Gemeinschaftliche und Mehrheitsverwaltung	296
2. Notverwaltung	298
II. Auskunftspflicht	299
III. Aufwendungersatz	299
1. Aufgrund Auftrags oder Geschäftsführung ohne Auftrag	299
2. Bei Maßnahmen der Notverwaltung	300
IV. Gebrauch	300
V. Früchte	300
VI. Lasten	300
VII. Geltendmachung von Ansprüchen	301
D. Außenverhältnis	301
I. Vertretungsmacht	301
II. Verpflichtungsgeschäfte	301
1. Mitwirkung aller Miterben	301
2. Stimmenmehrheit bei ordnungsmäßiger Verwaltung	301
3. Jeder einzelne Miterbe bei Notverpflichtungsgeschäften	302
III. Verfügungsgeschäfte	302
1. Grundsatz: Zusammenwirken aller Miterben	302
2. Stellvertretung und Genehmigung des Handelns Nichtberechtigter	302
3. Stimmenmehrheit bei Verfügungen zur ordnungsmäßigen Verwaltung	303
4. Jeder einzelne Miterbe bei Notverfügungen	303
5. Erwerbsgeschäfte für den Nachlass	303
IV. Geltendmachung von Nachlassansprüchen	303
1. Jedes Recht auf Leistung	304
2. Ansprüche gegen andere Miterben	304
3. Gerichtliche und außergerichtliche Geltendmachung	304
4. Einziehung in Prozessstandschaft für den Nachlass	305
E. Zusammenfassung	305
§ 31 Die Auseinandersetzung	306
A. Begriff	307
B. Anspruch auf Auseinandersetzung	307
I. Grundsatz	307
II. Ausnahmen	307
1. Vereinbarung der Miterben	307
2. Anordnung des Erblassers	308
3. Unbestimmtheit der Erbteile	308
C. Verfahren der Auseinandersetzung	308
I. Testamentsvollstrecker	308
II. Auseinandersetzungsvertrag	309
III. Vereinigung aller Erbteile	309
IV. Klage auf Auseinandersetzung	309
1. Klage auf Zustimmung zum Auseinandersetzungsplan	309
2. Voraussetzungen eines wirksamen Auseinandersetzungsplans	309
3. Kein gestaltender Eingriff des Richters	310
V. Vermittlungsverfahren	310
VI. Zuweisung durch das Landwirtschaftsgericht	310
D. Auseinandersetzungsregeln	310
I. Auseinandersetzungsanordnungen des Erblassers	310

1. Schuldrechtliche Wirkung	311
2. Abgrenzungsfragen	311
II. Gesetzliche Auseinandersetzungsvorschriften	312
1. Berichtigung der Nachlassverbindlichkeiten	312
2. Teilung	313
III. Ausgleich von Vorempfängen	313
1. Zweck	314
2. Verpflichtete und Berechtigte	314
3. Auszugleichende Zuwendungen	315
4. Rechtsnatur der Ausgleichung	316
5. Durchführung	316
IV. Ausgleich für besondere Leistungen	318
1. Voraussetzungen	318
2. Durchführung	318
E. Zusammenfassung	319
5. Abschnitt. Das Pflichtteilsrecht	321
§ 32 Das Pflichtteilsrecht	321
A. Bedeutung	323
B. Gläubiger und Schuldner des Pflichtteilsanspruchs	323
I. Gläubiger des Pflichtteilsanspruchs	323
1. Abkömmlinge, Ehegatte, Lebenspartner und Eltern des Erblassers	323
2. Ausschluss von der Erbfolge	324
3. Pflichtteilsberechtigung bei Ausschlagung	324
II. Schuldner des Pflichtteilsanspruchs	325
C. Berechnung des Pflichtteils	325
I. Berechnung der Pflichtteilsquote	325
II. Berechnung des Pflichtteilsbetrages	325
D. Berechnung des Pflichtteils bei Zugewinngemeinschaft	326
I. Auswirkung des § 1371 I auf den Pflichtteil der Abkömmlinge	326
II. Auswirkung des § 1371 II auf den Pflichtteil des Ehegatten/Lebenspartners	327
III. Regelung des § 1371 III, IV	328
1. Zugewinnausgleich und kleiner Pflichtteil für ausschlagenden Ehegatten	328
2. Pflicht des überlebenden Ehegatten zur Stieffkinderversorgung bei erhöhtem Erbteil	328
E. Schutz gegen Beeinträchtigung des Pflichtteils	328
I. Vervollständigung des Pflichtteils	329
1. Pflichtteilsrestanspruch	329
2. Wahlrecht des Erben zwischen belastetem Erbteil oder Pflichtteil	329
3. Pflichtteilsanspruch bei Zuwendung eines Vermächtnisses	330
II. Anrechnung und Ausgleichung	330
1. Anrechnung	330
2. Ausgleichung	331
III. Pflichtteilergänzung	333
1. Schenkung des Erblassers an einen Dritten innerhalb der letzten zehn Jahre vor dem Erbfall	333
2. Gleichmäßige Behandlung der Pflichtteilsberechtigten	337
F. Entstehung, Geltendmachung, Auskunftsanspruch und Stundung	338
I. Entstehung	338
II. Geltendmachung	338
III. Auskunftsanspruch	339
IV. Stundung	340
G. Ausschluss des Pflichtteilsrechts	340
I. Verlust des Erbrechts	340
II. Entziehung des Pflichtteils	341
III. Beschränkung in guter Absicht	342
IV. Verjährung	342
H. Verteilung der Pflichtteilslast	343
J. Zusammenfassung	343

6. Abschnitt. Der Schutz des Erben, der Erbschaft und des Rechtsverkehrs	345
§ 33 Der Erbschaftsanspruch	345
A. Einführung	345
B. Gläubiger des Erbschaftsanspruchs	346
C. Schuldner des Erbschaftsanspruchs	346
I. Erbschaftsbesitzer	346
II. Dem Erbschaftsbesitzer gleichstehende Personen	347
III. Kein Erbschaftsbesitzer	348
D. Herausgabepflicht des Erbschaftsbesitzers	348
I. Ursprünglich Erlangtes	349
II. Surrogate	349
III. Nutzungen	349
E. Haftung des Erbschaftsbesitzers	350
I. Unverklagter gutgläubiger Besitzer	350
II. Verklagter Besitzer	350
III. Bösgläubiger Besitzer	351
IV. Deliktischer Besitzer	351
F. Verwendungen des Erbschaftsbesitzers	352
I. Unverklagter gutgläubiger Besitzer	352
II. Verklagter und bösgläubiger Besitzer	353
III. Deliktischer Besitzer	353
G. Auskunftsansprüche	354
I. Anspruch gegen den Erbschaftsbesitzer	354
1. Sinn des Auskunftsanspruchs	354
2. Inhalt des Auskunftsanspruchs	354
3. Klage und Vollstreckung	354
II. Ansprüche gegen sonstige Besitzer von Nachlassgegenständen	355
III. Ansprüche gegen Hausgenossen des Erblassers	355
H. Verjährung und Ersitzung	355
I. Verjährung	356
II. Ersitzung	356
J. Rechtliche Einordnung des Erbschaftsanspruchs	357
K. Konkurrenzen und Prozessuale	357
I. Konkurrenzen	357
II. Prozessuale	358
L. Zusammenfassung	359
§ 34 Ersetzungsgrundsatz im Erbrecht	360
A. Allgemeines	360
B. Einfacher Ersatzungserwerb	361
I. Gesetzliche Fälle	361
II. Umfang	361
III. Wirkung	362
IV. Bedeutung	362
C. Rechtsgeschäftlicher Ersatzungserwerb	362
I. Erwerb mit Mitteln der Erbschaft (Mittelsurrogation)	362
1. Voraussetzungen	362
2. Wirkung	364
3. Bedeutung	364
II. Erwerb mit Beziehung auf den Nachlass	365
1. Voraussetzungen	365
2. Wirkung und Bedeutung	366
D. Ersatzung durch Inventarzuwachs	366
E. Zusammenfassung	366
§ 35 Der Erbschein	367
A. Überblick	368
B. Inhalt und Arten des Erbscheins	369
I. Inhalt des Erbscheins	369
1. Gesamtnachfolge	369

2. Erbteilsgröße	369
3. Beschränkungen	369
4. Andere Angaben	370
II. Erbscheinsarten	370
1. Alleinerbschein (§ 2353, 1. Fall)	370
2. Teilerbschein (§ 2353, 2. Fall)	370
3. Gemeinschaftlicher Erbschein (§ 352a FamFG)	370
4. Gruppenerbschein	371
5. Gemeinschaftlicher Teilerbschein	371
6. Sammelerbschein (zusammengefasster oder vereinigter Erbschein)	371
7. Gegenständlich beschränkter Erbschein (§ 352c FamFG)	371
8. Europäisches Nachlasszeugnis (ENZ)	372
C. Rechtswirkungen des Erbscheins	374
I. Vermutung des § 2365	374
1. Umfang der Vermutung	374
2. Wirkung der Vermutung	375
II. Öffentlicher Glaube des Erbscheins (§§ 2366, 2367)	376
1. Erwerbsgeschäfte	376
2. Leistungs- und andere Verfügungsgeschäfte	378
D. Erbscheinsverfahren	379
I. Erteilung des Erbscheins	379
1. Zuständigkeit	379
2. Antragsrecht	379
3. Darlegungspflicht des Antragstellers	380
4. Amtsermittlung	381
5. Entscheidung des Nachlassgerichts	381
II. Unrichtiger Erbschein und Rechtsmittel	382
1. Rechtsmittel gegen die Entscheidung des Nachlassgerichts	382
2. Einziehung, Kraftloserklärung und Herausgabeanspruch	383
III. Erbscheinsverfahren und Erbrechtsprozess	384
1. Aussetzung	384
2. Bindungswirkungen	385
E. Anhang: Testamentsvollstreckerzeugnis	386
I. Allgemeines	386
II. Inhalt	386
III. Rechtswirkungen des Testamentsvollstreckerzeugnisses	387
1. Vermutung für das Testamentsvollstreckeramt des Bezeichneten	387
2. Erstreckung der Vermutung auf Verpflichtungsgeschäfte	387
IV. Dauer der Zeugniswirkung	387
F. Anhang: Öffentlicher Glaube bei Todeserklärung und Feststellung der Todeszeit	388
G. Zusammenfassung	388
§ 36 Die staatlichen Aufgaben im Erbrecht	388
A. Zuständigkeit und Verfahren des Nachlassgerichts	389
I. Zuständigkeit	389
1. Sachliche Zuständigkeit	389
2. Örtliche Zuständigkeit	389
3. Funktionelle Zuständigkeit	389
4. Internationale Zuständigkeit	389
II. Verfahren	389
B. Eröffnung und Verkündung der Verfügungen von Todes wegen	389
I. Eröffnung von Testamenten	390
1. Zuständigkeit	390
2. Voraussetzungen der Eröffnung	390
3. Eröffnungsverfahren	391
4. Mitteilungen an nicht Erschienene	391
5. Recht auf Einsichtnahme in eine Verfügung von Todes wegen	391
6. Rechtsfolgen der Nichteröffnung	391
II. Eröffnung von gemeinschaftlichen Testamenten	391

III. Eröffnung von Erbverträgen	392
C. Sicherung des Nachlasses	392
I. Voraussetzungen	392
II. Rechtsstellung des Nachlasspflegers	392
D. Zusammenfassung	393
7. Abschnitt. Die Erbhaftung	395
§ 37 Grundfragen der Erbhaftung	395
A. Übergang der Schulden	395
B. Haftungssysteme	395
I. Einheit der beiden Vermögensmassen	396
II. Gegenständliche Trennung der beiden Vermögensmassen	396
III. Wertmäßige (rechnerische) Trennung	396
C. Interessenlage	396
I. Nachlassgläubiger	396
II. Erbe	397
III. Eigengläubiger des Erben	397
D. Gesetzliche Interessenbewertung	397
I. Verhältnis des Erben zum Nachlassgläubiger	397
1. Grundsatz der unbeschränkten Erbhaftung	397
2. Grundsatz der beschränkbaren Erbhaftung	398
3. Verlust des Rechts auf Haftungsbeschränkung	399
II. Stellung des Eigengläubigers	399
E. Arten der Nachlassverbindlichkeiten	400
I. Erblasserschulden	400
II. Erbfallschulden	401
III. Nachlasskostenschulden	402
IV. Nachlasserbenschulden	402
V. Geschäftsverbindlichkeiten	403
1. Handelsgeschäft im Nachlass	403
2. Erblasser als Gesellschafter einer offenen Handelsgesellschaft	404
3. Erblasser als Gesellschafter einer Kommanditgesellschaft	404
F. Zusammenfassung	405
§ 38 Gläubigeraufgebot und Inventarerrichtung	406
A. Aufgebot der Nachlassgläubiger	406
I. Bedeutung	406
II. Verfahren	407
1. Zuständigkeit des Nachlassgerichts	407
2. Antragsberechtigung	407
3. Antrag	407
4. Erlass des Aufgebots	407
5. Anmeldung von Forderungen	407
6. Ausschließungsbeschluss und Rechtsmittel	407
III. Wirkung des Ausschließungsbeschlusses	408
1. Haftungsbeschränkung des Erben auf den Nachlass, Ausschließungseinrede	408
2. Keine Ausschließungseinrede gegenüber Verbindlichkeiten aus Pflichtteilen, Vermächtnissen oder Auflagen	408
3. Überschusshaftung nach den Regeln der ungerechtfertigten Bereicherung	408
4. Duldung der Zwangsvollstreckung, Ersetzungsbefugnis	408
IV. Vom Aufgebotsverfahren nicht betroffene Gläubiger	409
1. Dinglich Berechtigte (§ 1971)	409
2. Pflichtteilsberechtigte, Vermächtnisnehmer, Auflagenbegünstigte (§ 1972)	409
3. Gläubiger, denen der Erbe unbeschränkbar haftet (§ 2013 I)	409
B. Gläubigerversäumnis	409
C. Inventarerrichtung	410
I. Begriff	410
II. Bedeutung	410
1. Schutz des Erben	410

2. Interesse der Nachlassgläubiger	410
III. Verfahren	410
1. Freiwillige Inventarerrichtung	410
2. Beantragte Inventarerrichtung	411
3. Eidesstattliche Versicherung des Erben	411
IV. Folge der rechtzeitigen Inventarerrichtung	411
V. Folgen der nicht rechtzeitigen Inventarerrichtung	412
VI. Folgen der Verweigerung der eidesstattlichen Versicherung	413
VII. Inventaruntreue	413
1. Absichtlich unvollständige Inventarangaben	413
2. Aufnahme einer nicht bestehenden Nachlassverbindlichkeit in Benachteiligungsabsicht	414
3. Verweigerung oder Verzögerung der Auskunft bei amtlicher Inventaraufnahme	414
D. Zusammenfassung	414
§ 39 Nachlassverwaltung und Nachlassinsolvenzverfahren	415
A. Gemeinsamkeiten von Nachlassverwaltung und Nachlassinsolvenz	415
I. Trennung der Vermögensmassen	415
1. Bedeutung für Konfusion und Konsolidation	415
2. Bedeutung für die Aufrechnung	415
3. Bedeutung für die Geschäfte des Erben	416
II. Verwalter	418
1. Stellung	418
2. Ernennung, Aufsicht, Vergütung	418
III. Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis	419
B. Besonderheiten der Nachlassverwaltung	419
I. Voraussetzungen für die Anordnung der Nachlassverwaltung	419
1. Antrag	419
2. Unmaßgeblichkeit einer die Verfahrenskosten deckenden Masse	420
II. Rechte des Nachlassverwalters	420
III. Pflichten des Nachlassverwalters	420
IV. Ende der Nachlassverwaltung	421
1. Voraussetzungen	421
2. Folgen	421
C. Besonderheiten des Nachlassinsolvenzverfahrens	421
I. Voraussetzungen für die Eröffnung des Nachlassinsolvenzverfahrens	421
1. Antrag	421
2. Eröffnungsgründe	422
II. Folgen der Eröffnung des Nachlassinsolvenzverfahrens	422
1. Insolvenzschuldner	422
2. Insolvenzmasse	422
3. Insolvenzgläubiger	422
4. Insolvenzverwalter	423
III. Ende des Nachlassinsolvenzverfahrens	423
1. Beendigungsgründe	423
2. Folgen	423
D. Zusammenfassung	423
§ 40 Die Einreden des Erben und ihre Bedeutung im Prozess	425
A. Aufschiebende Einreden (§§ 2014–2017)	425
I. Bedeutung der Einreden	425
II. Voraussetzungen der Einreden	426
1. Aufschiebende Einreden	426
2. Ausschluss der Einreden gegenüber bestimmten Gläubigern	426
III. Wirkungen der Einreden	427
1. Im Erkenntnisverfahren	427
2. Im Zwangsvollstreckungsverfahren	427
3. Materiell-rechtliche Wirkung	427
B. Unzulänglichkeitseinreden (§§ 1990–1992)	428
I. Bedeutung der Einreden	428

II. Voraussetzungen der Einreden	428
1. Unzulänglichkeitseinrede im engeren Sinne = Dürftigkeitseinrede	428
2. Überschwerungseinrede	429
3. Sonstige Einrederechte außer dem Erben	429
III. Prozessuale Wirkung der Einreden	429
1. Im Erkenntnisverfahren	429
2. Im Zwangsvollstreckungsverfahren	430
IV. Materielle Wirkung der Einreden	431
1. Bei Berufung auf eine Einrede getrennte Behandlung von Nachlass und Eigenvermögen	431
2. Reihenfolge bei der Gläubigerbefriedigung	432
C. Ausschließungs- und Verschweigungseinrede (§§ 1973, 1974)	432
D. Zusammenfassung	433
§ 41 Die Haftung der Miterben	434
A. Grundzüge	434
I. Haftungsmöglichkeiten und Interessenlage	434
1. Überblick über die Haftungsmöglichkeiten	434
2. Widerstreitende Interessen von Nachlassgläubigern, Eigengläubigern und Erben	435
II. Gesetzliche Interessenbewertung	435
1. Gemeinschaftliche Nachlassverbindlichkeit aller Miterben	435
2. Belastung nur einiger Miterben mit einer Nachlassverbindlichkeit	436
B. Haftung vor der Nachlassteilung	436
I. Haftung bis zur Annahme der Erbschaft	436
II. Haftung zwischen Annahme und Teilung der Erbschaft	436
1. Gesamtschuld- und Gesamthandklage	436
2. Haftungsbeschränkung	437
C. Haftung nach der Nachlassteilung	439
I. Nachlassteilung	439
II. Gesamtschuldnerische Haftung	439
III. Haftungsbeschränkung	439
1. Allgemeine Regeln der Haftungsbeschränkung	439
2. Teilhaftung der Miterben	439
D. Haftung gegenüber einem Miterben als Nachlassgläubiger	441
I. Vor der Nachlassteilung	441
II. Nach der Nachlassteilung	442
E. Zusammenfassung	442
§ 42 Die Haftung von Vor- und Nacherben	443
A. Haftung vor Eintritt des Nacherfalls	443
I. Haftung des Vorerben	443
II. Haftung des Nacherben	443
B. Haftung nach Eintritt des Nacherfalls	443
I. Haftung des Nacherben	443
1. Haftungsgrundlage	444
2. Haftungsbeschränkung	444
3. Haftung im Verhältnis Vorerbe – Nacherbe	444
II. Haftung des Vorerben	444
1. Alleinige Haftung des Vorerben	444
2. Gesamtschuldnerische Haftung neben dem Nacherben	444
3. Subsidiäre Haftung nach dem Nacherben	445
4. Haftungsgegenstand	445
C. Zusammenfassung	445
8. Abschnitt. Zuwendungen auf den Todesfall durch Rechtsgeschäfte unter Lebenden	447
§ 43 Zuwendungen auf den Todesfall durch Rechtsgeschäfte unter Lebenden	447
A. Überblick	448
B. Schenkungen auf den Todesfall	448
I. Begriff	448
1. Aufschiebend befristet und auflösend bedingte Schenkung	448

2. Abgrenzung zur Schenkung unter Lebenden	449
II. Vollzogene Schenkung auf den Todesfall	449
1. Voraussetzungen des Vollzugs	450
2. Vollzug ohne Beteiligung eines Mittlers	451
3. Vollzug bei Beteiligung eines Mittlers	452
4. Rechtsfolgen der vollzogenen Schenkung auf den Todesfall	456
III. Nicht vollzogene Schenkung auf den Todesfall	456
1. Voraussetzungen	456
2. Rechtsfolgen	457
C. Verträge zugunsten Dritter auf den Todesfall	458
I. Schuldrechtliche Verträge	458
1. Deckungsverhältnis	459
2. Valutaverhältnis	460
3. Wirkungen gegenüber Erben, Pflichtteilsberechtigten und Nachlassgläubigern	463
II. Verfügungsrechtliche Verträge	464
1. Rechtsprechung: Keine Anwendbarkeit der §§ 328ff. auf dingliche Rechtsgeschäfte	464
2. HM in der Literatur: Zulässigkeit verfügsrechtlicher Verträge zugunsten Dritter	464
D. Sonstige Zuwendungen unter Lebenden auf den Todesfall	466
I. Unentgeltliche Rechtsgeschäfte	466
1. Unentgeltliche Rechtsgeschäfte zu Lebzeiten des Erblassers	467
2. Verfüγungen von Todes wegen	467
3. Folgen für lebzeitige Zuwendungen auf den Todesfall	467
II. Entgeltliche Rechtsgeschäfte	468
E. Zusammenfassung	468
9. Abschnitt. Erbrecht und Gesellschaftsrecht	469
§ 44 Erbrecht und Gesellschaftsrecht	469
A. Fortführung eines Einzelhandelsgeschäfts	470
B. Nachfolge in den Anteil an einer Personengesellschaft	470
I. Gesetzliche Regelung	470
1. Erblasser als Gesellschafter einer GbR	470
2. Erblasser als persönlich haftender Gesellschafter einer Personenhandelsgesellschaft	471
3. Bedürfnis nach abweichenden gesellschaftsvertraglichen Vereinbarungen	471
II. Fortsetzungsklausel	471
1. Fortsetzungsklausel ohne Regelung von Abfindungsansprüchen	471
2. Fortsetzungsklausel mit Ausschluss des Abfindungsanspruchs	472
III. Eintrittsklausel	472
1. Begriff und Wirkung der Eintrittsklausel	472
2. Rechtslage im Übergangsstadium	474
3. Rechtslage nach Aufnahme des Begünstigten in die Gesellschaft	474
IV. Nachfolgeklausel	476
1. Begriff und Wirkung	476
a) Gesellschaftsrechtliche Lösung	476
b) Erbrechtliche Lösung	476
2. Rechte des Erben nach § 139 HGB	478
3. Rechtsstellung der vom Eintritt in die Gesellschaft ausgeschlossenen Miterben	478
C. Vererbung von Kommanditanteilen und Anteilen an einer Kapitalgesellschaft	480
D. Zusammenfassung	480
10. Abschnitt. Der Erbschaftskauf	481
§ 45 Der Erbschaftskauf	481
A. Vertragsgegenstand	481
B. Form des Vertrags	482
C. Rechtsbeziehungen zwischen den Vertragspartnern	482
I. Hauptpflichten	482
1. Verpflichtung des verkaufenden Alleinerben	482

2. Verpflichtung eines verkaufenden Miterben	482
3. Verpflichtung des Käufers	483
II. Gefahrübergang und Mängelhaftung	483
1. Gefahrübergang	483
2. Eingeschränkte Mängelhaftung	483
III. Sonstige Folgen	483
1. Angleichung der Rechtsstellung des Käufers an die des Rechtsnachfolgers beim Erbfall	483
2. Verteilung von Nutzungen und Lasten zwischen Verkäufer und Käufer	484
D. Rechtsbeziehungen der Parteien zu den Nachlassgläubigern	484
E. Zusammenfassung	484
11. Abschnitt. Erbschaftsteuerrecht	487
§ 46 Erbschaftsteuerrecht	487
A. Praktische Bedeutung	487
B. Rechtsgrundlagen	488
C. Steuerpflichtige Vorgänge	489
D. Steuerpflichtiger Erwerb	489
I. Bereicherung	489
II. Steuerbefreiungen	490
1. Zugewinnausgleich	490
2. Katalog von steuerfreien Gegenständen	490
3. Betriebsvermögen, land- und forstwirtschaftliches Vermögen sowie Anteile an Kapitalgesellschaften	490
III. Freibeträge	491
1. Allgemeiner Freibetrag	491
2. Besonderer Versorgungsfreibetrag	492
E. Höhe der Erbschaftsteuer	492
I. Bewertung des steuerpflichtigen Erwerbs	492
II. Steuerklasse	493
III. Höhe des Steuersatzes	493
F. Steuerfestsetzung und Erhebung	493
G. Zusammenfassung	494
12. Abschnitt. Das internationale Erbrecht	495
§ 47 Das internationale Erbrecht	495
A. Erbfälle mit Auslandsbezug	495
B. Rechtliche Problematik	496
C. Anwendbares Recht nach deutschem internationalen Erbrecht	496
I. Für bis 16.8.2015 eingetretene Erbfälle (Art. 25, 26 EGBGB aF)	496
1. Grundsatz: Anknüpfung an die Staatsangehörigkeit des Erblassers (Erbstatut) .	496
2. Ausnahmen	497
3. Nachlasspaltung	497
4. Beschränkte Rechtswahl bei im Inland belegem unbeweglichen Vermögen .	498
5. Sonderregelung für die Form von Verfügungen von Todes wegen und von Widerrufstestamenten (Formstatut)	498
6. Sonderregelung für die materielle Gültigkeit und Bindungswirkung der Verfügungen von Todes wegen	499
II. Für seit dem 17.8.2015 eingetretene Erbfälle (Art. 20ff. EuErbVO)	500
1. Grundsatz: Anknüpfung an den gewöhnlichen Aufenthalt des Erblassers zur Zeit seines Todes	501
2. Rechtswahl	502
3. Sonderregelung für Testamente	502
4. Sonderregelung für Erbverträge	502
5. Rück- und Weiterverweisung sowie weitere Sonderregelungen .	503
D. Anhang: Internationale Zuständigkeit deutscher Nachlassgerichte	503
I. Für bis zum 16.8.2015 eingetretene Erbfälle (§ 105 FamFG)	503
II. Für seit dem 17.8.2015 eingetretene Erbfälle (Art. 4 EuErbVO)	504

Anhang: Mustertexte	505
Paragrafenregister	515
Sachverzeichnis	527